

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

### Zum Wahlkampf in Pommern.

Stettin, 12. Juni.  
Von Herrn General-Lieutenant v. Heyde-  
breck erhalten wir mit der Bitte um Aufnahme  
folgende Erklärung:

In einem „Eingefand“, welches in der  
Abendausgabe der „Stettiner Zeitung“ vom 10.  
d. M. und in der Morgenausgabe des „Stettiner  
Tageblatts“ vom 11. d. M. Aufnahme gefunden  
hat, werde ich von anonymen Seiten zu einer Er-  
klärung über eine angebliche Behauptung des  
Herrn v. Heydebreck, ich sei ein prinzipieller Ge-  
gner eines etwaigen Handelsver-  
trages mit Rußland, aufgefordert. Diese  
Behauptung ist unrichtig; ich würde mich viel-  
mehr freuen und auch dafür stimmen, wenn es  
der Regierung gelänge, einen für Deutschlands  
Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft  
vorteilhaften Handelsvertrag mit Rußland zu  
Stande zu bringen und vielleicht im Zusammen-  
hange damit eine Regelung seiner Geldverhältnisse  
zu erzielen, damit der ungleiche Kampf der deut-  
schen Produktion gegenüber den Schwankungen  
des Rubelfurses sein Ende erreichte. Das „Ein-  
gefand“ scheint mir übrigens implizite die zu  
unangenehme Verächtlichkeit zu enthalten, als  
ob ich als „Konservativer“ wohl dem Handel  
feindlich gegenüberstünde. Genau das Gegenteil  
ist der Fall. Ich habe mich, wie ich bereits in  
meiner Kandidatenrede im Konserthaus hervor-  
hob, aus innerem Herzen gereut, daß die städtischen  
Behörden für die Deroberung und die neuen  
Hafenanlagen, welche zu ihrer Vollendung seitens  
des Staats ca. 12 Millionen Mark und  
seitens der Stadt im Ganzen 29 Millionen  
Mark erfordern sollen, die Mittel bewilligt, und  
daß die konservativen Mitglieder der Stadtver-  
ordneten-Versammlung ausnahmslos dafür ge-  
stimmt haben. Ich bin auch weit entfernt, diese  
ca. 40 Millionen als „Kiesbeuge für die Kauf-  
mannschaft“ zu bezeichnen, obwohl dies von  
gegnerischer Seite ohne Gewissensbisse ge-  
schehen sein würde, wenn die Stettiner Kauf-  
mannschaft im Verdacht stünde, der konser-  
vativen Führe zu folgen.

Ergebenst  
v. Heydebreck, General-Lieutenant z. D.  
Die für gestern Nachmittag nach dem Saale  
der „Philharmonie“ einberufene antieimitt-  
sche Versammlung konnte nicht stattfinden,  
da der angekündigte Redner, Dr. Forster-Berlin,  
nicht eingetroffen war.

Die Sozialdemokraten waren am  
gestrigen Sonntag wieder überaus tätig, um  
ihre Flugblätter in allen Straßentheilen gleich-  
mäßig zu verteilen. In diesen Flugblättern  
wird für den „alleinigen Vertreter des unbedrük-  
ten Volkes“, Fritz Herber, Rede gemacht, in  
dem nur alles das sein wird, was vernünftig  
ist, weil es von vernünftigen Menschen einge-  
richtet wird. Leider bleibt dieser Wahlspruch aber  
auch die Auskunft schuldig, wie sich Herr Fritz  
Herber diesen Zukunftsstaat denkt.

Der im Kreiswahlbezirk 1. Grimmer  
Wahlkreis von Freisingen und National-Liberalen  
aufgestellte Kandidat, Herr Professor Dr. Köhler  
in Bochum, hat erklärt, nicht in der Lage zu  
sein, ein Mandat anzunehmen zu können.

Im Wahlkreis Straßburg-Franz-  
burg-Rügen macht man fortgesetzt den Ver-  
such, den Baron v. Langen als einzigen konser-  
vativen darzustellen, bei dem dem Antisemitismus  
keine Rede sein könne. Aber dieser Versuch scheitert  
in besonderer Weise, denn läßt es sich schon  
nicht leugnen, daß Baron v. Langen der Pro-  
fessor des Rector Lythward ist, so kann auch nicht  
bestritten werden, daß derselbe Präsident des  
deutsch-sozialen Bundesverbandes für Pommern ist,  
er also an der Spitze der antisemitischen Bewe-  
gung Pommerns steht. Nun läßt sich hiergegen  
ja durchaus nichts einwenden, wenn Baron von  
Langen den Muth hätte, bei den Wahlen auch  
seine Stellung als Antisemiten-Präsident zu ver-  
theiligen, aber in Anbetracht auf das Reichstags-  
mandat verzichtet derselbe auf die Ehre, als Anti-  
semit bezeichnet zu werden. Der Wahlspruch der  
Stettiner Antisemiten war bekanntlich von dem  
Baron v. Langen als „Präsident des deutsch-sozialen  
Bundesverbandes für Pommern“ unterzeichnet  
worden, jetzt verwirft sich derselbe in seinem  
Wahlkreis auch hiergegen und behauptet, daß er  
nichts von der Sache gewußt habe und auch  
bereits einen Entschuldigungsbrief erhalten habe.  
Danach hätten also die Stettiner Antisemiten den  
Namen des Baron v. Langen unbedeutenderweise  
als Stellvertreter für ihre Wahlagitation benutzt?  
Mit Bezug hierauf schreibt Herr R. v. Heyde-  
breck in einem Eingefand der „Straßb. Ztg.“:  
„Wenn der Präsident des deutsch-sozialen Bundes-  
verbandes für Pommern seine Partei so schlecht  
in Ordnung hat, daß sie gegen den Willen und  
das Wissen eben ihres Präsidenten wirkt und  
wählt für ihren Parteigenossen (Forster) gegen  
den konservativen Kandidaten (v. Heydebreck),  
so würde ich dem Herrn Baron v. Langen den aus-  
reichten und wohlgeleiteten Rath geben, zunächst  
seine eigene Partei zu dirigieren und in Ordnung  
zu halten, bevor er in andere einbricht und einer  
der übrigen zu sein behauptet.“

Im Wahlkreis Neustettin tritt für die  
Wahl Abgeordneter der Agitationsverband der  
antisemitischen Partei Norddeutschlands, v. A.  
Otto Dörfler, ein, doch mit wenig Aussicht auf  
Erfolg; außer ihm kandidieren in dem Kreise noch:  
von Heydebreck-Kottin bei den Konservativen, Rechts-  
anwalt Dr. Raab Berlin bei den National-Liberalen  
und Schriftmeister Waskow-Grabow bei  
den Sozialdemokraten.

Auch im Wahlkreis Greifenberg-  
Kamin scheint der Wahlkampf recht lebhaft  
betrieben zu werden; unser Korrespondent in  
Greifenberg schreibt uns:

4. Greifenberg i. P., 11. Juni. Die von  
den Freisingen zu gestern einberufene Versam-  
mlung, in der der Kandidat derselben, Herr Louis  
Jordan-Wilmersdorf, sich den Wählern vorstellte  
und sein politisches Programm entwickelte, endete  
mit einem entschiedenem Mißerfolge der Partei.  
Nachdem die Versammlung durch den Zahn-  
schmerz Herrn Ruchensacker mit einem mit Be-  
geisterung aufgenommenen Hoch auf Se. Maj.  
den Kaiser eröffnet worden war, nahm Herr  
Jordan das Wort, um seine Kandidatenrede zu  
halten. Bei Schluß derselben, die vielfach mit  
Zufriedenheit begleitet wurde, beging der Leiter  
der Versammlung den Fehler, zu erklären, er  
konne nur zulassen, daß Redner an den Kandi-

daten gestellt würden; Redner gegen die Sache  
dürften nicht sprechen. Man entstand ein furcht-  
barer Lärm, so daß Niemand zu Wort kommen  
konnte. Nachdem endlich einigermaßen die Ruhe  
hergestellt war, nahm Herr Wilmersdorf das  
Wort, um gegen den Redner zu sprechen,  
und als hierauf der Vorsitzende sowie Herr  
Jordan erwidern wollten, nahm der Lärm der-  
artig zu, daß wieder keiner zu Wort kam, bis  
endlich Herr Ruchensacker sich Ruhe  
verschaffte und nun in scharfen Worten dem  
fünfundzwanzig Redner entgegentrat. Nachdem die Ver-  
sammlung unter großem Spektakel geschlossen,  
begab sich die nun schon stark aufgeregte Menge  
nach dem Versammlungslokal der Sozialdemo-  
kraten und füllte die Räume bis auf den letzten  
Platz. Hier ging der Lärm nun weiter und war  
der Redner, Herr Kunge-Stettin, wenig zu ver-  
stehen, da von den Anhängern desselben sowie von  
den Gegnern, die in der Ueberzahl waren, der  
Standal stets unterhalten wurde. Als der Red-  
ner auf eine Interpellation, „wie sich die Partei  
zur Religion und Monarchie stelle“, antwortete,  
daß erstere Privatsache sei, und bei letzterem  
darauf hinwies, die Partei stünde in dieser Frage  
auf revolutionärem Boden, entstand ein solcher  
Ausbruch des Unwillens bei der Mehrzahl der  
Anwesenden, daß man ernstlich Ausfahrungen  
befürchten mußte. Wollte ein Redner dagegen  
sprechen, erhoben die Sozialdemokraten, deren An-  
hang vielfach aus unreifen Jünglingen bestand,  
derartigen Spektakel, daß es nicht möglich war,  
und umgekehrt, wollte ein Sozialdemokrat sprechen,  
die Gegner, so daß der überwachende Polizeibe-  
amte sich genöthigt sah, die Versammlung zu  
schließen. Unter einem fürchterlichen Lärm ging  
dieselbe auseinander, hier Hochrufe auf den Kaiser,  
auf den konservativen Kandidaten bildeten den  
Schluß.

7. Tempelburg, 10. Juni. Gestern  
wurde hier selbst wieder eine konservative Ver-  
sammlung abgehalten, wozu der Rittersgutsbesitzer  
Herr von Herzberg-Kottin als Redner und Reichs-  
tagskandidat erschienen war. Herr Hauptmann  
Kundt hielt hier selbst eine Vorlesung über die Ver-  
sammlung mit einem dreimaligen Hoch auf Se.  
Majestät den Kaiser. Hierauf entwickelte Herr  
von Herzberg sein Programm betreffend seine  
Stellung zur Handwerkerfrage. Nach Beendigung  
der Rede nahm die Versammlung, bestehend zum  
größten Theil aus Innungs-Handwerkmeistern,  
fast einstimmig eine Resolution dahin gehend an,  
daß dieselbe mit voller Entschiedenheit für Herrn  
von Herzberg als ihren Reichstagskandidaten ein-  
träte.

### Deutschland.

Berlin, 12. Juni. Gestern Vormittag gegen  
10 Uhr hatten sich der Kaiser und die Kaiserin  
mit ihrer Umgebung zum Gottesdienste nach der  
Friedenskirche in Potsdam begeben.

Der Prinz Viktor von Italien gedenkt  
heute, Montag, Abends 10 Uhr 7 Min. Berlin  
wieder zu verlassen und sich mit seiner Be-  
gleitung zunächst nach Hannover zu begeben und  
dann einen kurzen Aufenthalt zu nehmen, bevor er  
nach Italien weiterreist. Heute Nachmittag gedenkt  
der Graf von Turin mit den kaiserlichen Her-  
schaften zunächst erst nach dem Armees-Jagdrevier  
in Pöppelgarten beizuwohnen. — Wie man ferner  
noch erzählt, hatte der hohe Gast in den letzten  
Tagen wiederholt im Zivilanzug und nur von  
einem Adjutanten begleitet, welcher gleichfalls  
Zivilkleidung angelegt hatte, Promenaden und  
fahrten durch die Stadt Berlin und deren Um-  
gebung unternommen, um unerkannt die Sehens-  
würdigkeiten in Augenschein zu nehmen.

Die nächste Sitzung des Bundesraths  
wird heute Mittag Nachmittag stattfinden. Darin  
wird Beschluß zu fassen sein über die geschäftliche  
Behandlung des Entwurfs eines Gebührenentwurfs  
für die Stredte Posten- und Telephon-Verord-  
nung über die Einrichtungen von Anlagen zur An-  
fertigung von Zündhölzern, sowie Einrichtungen  
und Betrieb der Wasser- und Wasser-  
fabriken und der zur Aufzucht von Fischen  
bestimmten Anlagen. Ferner wird Beschluß zu  
fassen sein über Ansuchen, betreffend Zoll-  
amtliche Behandlung von Musterstücken. Die er-  
wähnten Besondereentwürfe über Fabriken von  
Zündhölzern etc. sind erforderlich geworden durch  
den Umstand, daß diese Angelegenheit unter dem  
strafrechtlichen Schutz der Gewerbeordnung in der  
früheren Fassung stand und zur Strafbefreiung  
erforderlich war, daß die Besondere eine Ausföhrung  
zur Befolgung der ergangenen Vorschriften er-  
läßt hatte. Durch Abänderung der früheren  
Vorschriften sind Zuwiderhandlungen gegen diese  
ohne Weiteres strafbar geworden. Es hat dies  
zu unliebsamen Weiterungen Anlaß gegeben, wie  
zu Uebertretungen der bezüglichen Vorschriften  
nicht straflos zu lassen, ist eine neue Fassung der  
Vorschriften unter Bezugnahme auf 120e der Ge-  
werbeordnungsnovelle zu erlassen; damit sind auch  
Uebertretungen, wie sie in den früheren  
Bestimmungen enthalten waren, entbehrlich  
geworden. — Wegen der zollamtlichen Behandlung  
von Musterstücken beantragen die Bundesraths-  
ausschüsse für Zoll und Steuerwesen und für  
Handel und Verkehr einen Beschluß dahin, daß  
zollpflichtige Gegenstände, die als Muster dienen  
und von französischen oder niederländischen  
Handlungsreisenden in das Zollgebiet eingeführt  
werden — unter der Voraussetzung der Forderung  
der von Frankreich und den Niederlanden täts-  
sächlich gewährten Gegenseitigkeit — vom Ein-  
gangsgezell frei zu lassen sind, sofern diese binnen  
einer im Voraus zu bestimmenden Frist unver-  
käuft wieder ausgeführt werden und die Gleichheit  
der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände  
außer Zweifel ist.

Die Kommission für die zweite Lesung  
des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs für  
das deutsche Reich setzte in den Sitzungen vom 5.  
bis 7. Juni zunächst die Verabreichung der Vor-  
schriften über das Pfandrecht an beweglichen  
Sachen (§§ 1145 bis 1205) fort. Die Verabreichung  
des folgenden Titels: „Pfandrecht an Rechten“  
(§§ 1206—1226) wurde bis zur nächsten Sitzung  
vertagt, dagegen trat man, um eine Grundlage  
für die nach der Erledigung dieses Titels in An-  
sicht genommene Verabreichung der Vorschriften über  
das Pfandrecht an Grundstücken und die Grund-  
schuld (§§ 1062 bis 1144) zu gewinnen, noch in  
eine allgemeine Erörterung der Frage ein, ob die  
im Entwurf geregelten verschiedenen Formen der

Kapitalbelastung von Grundstücken beibehalten  
werden sollen.

Die alljährlich im Auftrage des Ministers  
stattfindenden Reisen zum Zwecke der Information  
über den Stand des Volksschulwesens in den ver-  
schiedenen Provinzen haben in diesem Jahre mit  
einer Reise des Direktors im Unterrichtsministerium  
Dr. Küller in die Rheinprovinz begonnen. Zur  
Zeit hält sich der genannte Kommissar des Unter-  
richtsministeriums in der Provinz Schlesien auf.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: In einem Theil  
der Presse war berichtet worden, daß ein von  
einem Kreise süddeutscher Brennerbesitzer vor-  
gelegter Gesetzentwurf, betreffend die Einführung  
eines Branntweinmonopols, die Billigung des  
Reichstags gefunden habe. Wir hatten die Ver-  
sicherung der Reichstagskommission, die Billigung  
auf die Verwirklichung der Wahlbewegung be-  
rechnete Tendenz-Nachricht nicht erst erwähnt.  
Auf eine Anfrage hat der Reichskanzler, wie die  
in Schweißdrüse erscheinende „Rundschau“ meldet,  
dem Blatte mitgetheilt, daß diese Angabe vollstän-  
dig erfinden ist.

Für das Etatsjahr 1892-93 liegt näm-  
lich die endgültige Nachweisung der zur An-  
schreibung gelangten Einnahmen (einschließlich der  
kreditirten Beträge) an Hölzen und gemeinschaft-  
lichen Verbrauchsgegenständen, sowie anderer Einnahmen  
im deutschen Reich im folgenden vor: Zölle  
377 917 128 Mark (gegen das vorige Etatsjahr  
— 28 531 313 Mark), Tabaksteuer 11 792 289  
Mark (+ 355 049 Mark), — Zuckermaterial-  
steuer 57 246 007 Mk. — 63 533 014 Mk.), Ver-  
brauchsabgabe von Zucker 73 960 784 Mark  
(+ 17 961 228 Mark), Salzsteuer 43 405 793  
Mark (+ 176 703 Mark), Maßschottz- und  
Branntweinmaterialsteuer 24 297 945 Mark  
(+ 686 432 Mark), Verbrauchsabgabe von  
Branntwein und Zufschlag zu derselben 113 898 291  
Mark (+ 123 016 Mk.), Branntwein 25 799 841  
Mark (+ 38 715 Mark), Uebergangsabgabe von  
Bier 3 590 350 Mark (+ 178 432 Mk.; Summe  
617 416 414 Mark (+ 75 194 196 Mark). —  
Spielartenstempel 1 365 837 Mark (+ 41 616  
Mark), Wechselstempelsteuer 7 915 609 Mark  
(+ 259 983 Mk.), Stempelsteuer für: a) Wert-  
papiere 3 650 918 Mark (+ 932 639 Mark), b)  
Kauf- und sonstige Ankaufsgeschäfte 9 320 267  
Mark (+ 1 700 895 Mark), c) Koop zu Privat-  
vorräthen 1 755 508 Mark (+ 302 307 Mark),  
Staats-Vorräthen 7 316 033 Mark (+ 11 204  
Mk.), Post- und Telegraphenverwaltung 246 586 441  
Mark (+ 11 588 479 Mark), Reichs-Eisenbahn-  
verwaltung 59 201 480 Mark (+ 1 731 955  
Mark). Die zur Reichskasse gelangte Ab-  
nahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und  
Verwaltungsabgaben beträgt bei den nach-  
bezeichneten Einnahmen bis Ende April 1893:  
Zölle 380 015 172 Mark (+ 18 455 156 Mark),  
Tabaksteuer 11 296 008 Mk. (+ 285 678 Mk.), Zuckermaterial-  
steuer 13 237 102 Mk. (+ 3 431 450 Mk.), Ver-  
brauchsabgabe von Zucker 52 226 130 Mark  
(+ 2913 484 Mark), Salzsteuer 42 595 222  
Mark (+ 270 976 Mark), Maßschottz- und  
Branntweinmaterialsteuer 19 801 506  
Mark (+ 465 185 Mark), Verbrauchs-  
abgabe von Branntwein und Zufschlag  
zu derselben 95 775 666 Mark (+ 3 729 212  
Mark), Branntwein und Uebergangsabgabe von  
Bier 24 957 255 Mark (+ 185 231 Mark);  
Summe 619 904 052 Mark (+ 21 472 630  
Mark). — Spielartenstempel 1 308 229 Mark  
(+ 62 798 Mark).

Danzig, 10. Juni. Die Kronprinzessin  
Stephanie von Oesterreich traf heute Mittag  
1 Uhr von Marienburg, wo sie am Vormittag  
dem Schloßbau einer eingehenden Besich-  
tigung unterzogen hatte, hier ein und wurde  
morgen Abend in unserer Stadt zu verweilen, wor-  
auf die Abreise zunächst nach Stettin erfolgt.

Lübeck, 11. Juni. Der König von Däne-  
mark ist mit dem Prinzen Johann und seinem  
Gefolge mit dem Fräulein über Büchen hier ein-  
getroffen. Die Fortsetzung der Reise nach Kopen-  
hagen erfolgt noch heute auf dem Dampfer  
„Danebrog“.

München, 10. Juni. Heute Mittag hat  
Prinz Ludwig die Versammlung der deutschen  
Landwirthschaftsgesellschaft mit einem Hoch auf  
Se. Majestät den Kaiser und Se. königl. Hoheit  
den Prinz-Regenten eröffnet. Der Prinz dankte  
allen Förderern der überaus gelungenen Aus-  
stellung, v. Arnim-Gröben brachte einen Toast  
auf den Prinzen Ludwig aus. Als Ort für die  
Landwirthschaftsausstellung 1894 ist Berlin, 1895 Köln,  
1896 Stuttgart gewählt. Gegenpräsident der  
Versammlung von 1894 und 1895 ist der  
Bruder Sr. Majestät des Kaisers, Prinz Heinrich  
von Preußen. Nach Rechnungslegung und  
Dechargeentwurf referirte Ministerialrath Haag  
über die bayerische Landwirthschaft. Der Prinz-  
Regent besuchte im Laufe des Vormittags die Aus-  
stellung.

Nürnberg, 11. Juni. Der freisinnige  
Landgerichts-Direktor Herz, bekannt als früherer  
Vertreter Berlins im Reichstage, ist zum Präsi-  
denten in Altschaffenburg ernannt. An seiner Stelle  
wurde der freisinnige Landtagsabgeordnete Hemmer-  
lein zum Direktor befördert.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Juni. Die „Polit. Kor.“ mel-  
det aus Belgrad, es geht als wahrhaftig, daß  
der König Alexander, der freundlichen Einladung  
des Kaisers folgend, in diesem Jahre Konstan-  
tinopel besuchen werde.

Der Sultan hat die sofortige Wiedereröffnung  
der von den Völkern bestrittenen serbischen  
Schule in Rumonow verweigert.

Wien, 10. Juni. Die gestrigen Erklärungen  
des Grafen Kalnoky werden dahin gedeutet, daß  
sie die Einstellung einer weiteren Zeitungs-Polemik  
bewirken sollen.

Wien, 10. Juni. Der Budget-Ausschuß der  
Reichsraths-Delegation nahm das Ordinarium  
und das Extraordinarium des Beresungs-  
etats, sowie das Budget des gemeinsamen Finanzminis-  
teriums und der Zollverhältnisse und die Schlusssumme  
unverändert an. Hiermit ist die Thätigkeit des  
Ausschusses beendet.

Wien, 10. Juni. In dem der österrei-  
chischen Staats-Eisenbahn-Gesellschaft gehörigen  
Romachacht freiten seit gestern sammtliche 1800  
Arbeiter. Diefelben verlangen eine Lohnerhöhung.  
Die Ruhe ist bisher nicht gestört worden. Alle  
Sicherheitsmaßregeln sind getroffen.

Wien, 10. Juni. Nach einer Meldung der  
„Neuen Freien Presse“ hat in dem Projekte des  
Wiener Adolfs-Haberler als Bevollmächtigten  
der Erben von Johann Orth gegen die Nord-  
deutsche Versicherungs-Gesellschaft und fünfzehn

Rückversicherungsgeoffen das hanseatische Ober-  
Landesgericht in Hamburg die beklagte Gesellschaft  
zur Bezahlung der auf das verschollene Schiff  
„Santa Margherita“ genommenen Versicherung  
im Betrage von 230 000 Mark kostenpflichtig ver-  
urtheilt.

Leipzig, 10. Juni. Der Metropolit Sem-  
bratowitsch erhielt heute zahlreiche Kundgebungen  
der Entrüstung über die Vorgänge am Wiener  
Nordbahnhofe, unter anderen auch von dem hie-  
sigen römisch-katholischen Erzbischof, dem ar-  
menischen Erzbischof, dem Landesbischof der Lem-  
berger Stadtgemeinde und von mehreren rufen-  
schen Vereinen.

Ragusa, 10. Juni. Der montenegrinische  
Finanzminister Matanowitsch beabsichtigt, in Wien,  
eventuell auch in Paris Unterhandlungen be-  
züglich Aufnahme einer Anleihe anzufangen.

### Belgien.

Brüssel, 10. Juni. Kaum zwei Monate  
sind verlossen, seitdem unsere Arbeiterführer und  
die Versicherung gaben, daß jetzt nach dem Siege  
des allgemeinen Stimmrechts Arbeiteranstände  
nicht mehr möglich sind, und schon haben wir  
eine neue Föhrung unter den belgischen Arbeitern  
zu verzeichnen. Das erklärt sich in natürlicher  
Weise aus der von uns oft wiederholten That-  
sache, daß die Arbeiter weit mehr die Verbesserung  
ihrer wirthschaftlichen Verhältnisse als die Er-  
langung politischer Rechte anstreben. Leider wird  
aber die wirthschaftliche Lage der Arbeiter in  
Belgien mit jedem Tage trauriger. So sah sich  
ein bedeutendes Bergwerk Lauragues und Laumes  
dieser Tage in Folge des schlimmen Geschäfts-  
ganges genöthigt, den gesamten Bergwerks-  
betrieb einzustellen, d. h. 800 Arbeiter zu ent-  
lassen, welche das nothwendige eine Arbeit aufzubringen  
ist, beschäftigungsgeloes bleiben müssen. Die Arbeiter  
des Bergwerks „La Louviere et la Paix“ haben  
die Arbeit eingestellt, weil sie von den ihnen ge-  
zahlten Hungerlohn nicht leben können, wobei  
sie sich zu schweren Ausschreitungen hinreißen  
ließen. Sie überfielen den ihnen verhafteten Berg-  
werksdirektor Dumont in seinem Bureau und  
mißhandelten ihn, nachdem sie die innere Ein-  
richtung der Bureaus gründlich zerstört hatten.  
Dumont hatte sicher das Schicksal des  
Ingenieurs Watrin von Deuzeville gefunden,  
wenn die von den Bergwerksbeamten herbeige-  
holte Gendarmerie nicht rechtzeitig eingetroffen  
wäre, um den schwer Verletzten aus den  
Händen der Angreifer zu befreien. Recht bedau-  
erlich ist ferner der Arbeiteraufstand in Berviers,  
welcher bereits 3000 Arbeiter umfaßt und sich  
noch weiter ausdehnen droht. Bei dieser Ge-  
legenheit hat man wieder manches über belgische  
Verhältnisse gehört, was die fortwährenden  
Anstände hier zu Lande einigermaßen erklärt.  
Wandernde Weber verdienen trotz der angestrengtesten  
Arbeit nur 10-15 Franks in der Woche und  
müssen daher mit einem Monatslohn von etwa  
40-60 Franks ihr Auskommen finden. Da die  
meisten dieser Unglücklichen noch dazu verheirathet  
und mit Kindern reich besetzt sind, so begreift  
man, daß sie das Verhungern auf einmal dem  
langsamem Hungertode vorziehen.

Der Pariser „Figaro“ hat dieser Tage wieder  
von der Möglichkeit eines Besuchs des Präsi-  
denten der französischen Republik in Brüssel ge-  
sprochen. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet,  
ist ein derartiger Besuch keineswegs in Aussicht  
genommen, obwohl der König der Belgier dem  
Präsidenten Carnot einmal im Jahre 1889 eine  
Einladung zum Besuche der belgischen Hauptstadt  
zutommen ließ. Vor allem müßte zu einer Reise  
des französischen Staatsberhauptes ins Ausland  
ein Kammerbeschluß eingeholt werden. Dann aber  
wäre Herr Carnot sehr wohl, daß die belgischen  
Freisinnigen und Sozialdemokraten seine An-  
wesenheit zu antipathischen Schreierien und  
Manifestationen benutzen würden, wodurch leicht  
internationale Unannehmlichkeiten entstehen könnten.  
Der Präsident der französischen Republik  
wird also auch auf seiner bevorstehenden Reise  
nach Nordfrankreich den belgischen Boden nicht  
betreten, zum großen Bedauern und Aerger der  
belgischen Franzosenpartei, die sich so gerne in  
dem Rufe „Vive la Republique!“ praktisch ein-  
üben möchte.

### Frankreich.

Paris, 9. Juni. Ruch hinter einander  
haben sich an drei verschiedenen Schießplätzen bei  
Artillerieübungen schwere Unglücksfälle ereignet,  
welche die öffentliche Meinung stark zu beun-  
ruhigen anfangen. Auf der Hochebene von  
Anvers platze eine Granate in dem Augen-  
blick, in dem sie in das Geschützrohr geschoben  
wurde, und die hinten herausfliegenden Stücke  
tödteten den mit dem Richten der Kanone be-  
schäftigten Unteroffizier und verwundeten drei  
Leute der Bedienungsmannschaft schwer. Auf  
dem Schießplatze von Vimeux wurde von einem  
13,8 Zentimeter-Feldgeschütz des Systems  
Reffle die Radkammer losgerissen, das gewaltige  
Metallstück flog einige hundert Meter weit rück-  
wärts, ritz dem Major Wivoy de Lage den  
Kopf ab und zersplitterte einen neben ihm  
stehenden Leutnant vollständig. Im Lager von  
Cauville endete tragisch ganz derselbe Unfall  
an einem 9-Zentimeter-Feldgeschütz vom System  
Vange zu und das losgerissene Stück verwundete  
einen Unteroffizier und zwei Soldaten, glück-  
licherweise nicht sehr erheblich. Die Kriegsverwal-  
tung giebt sich den Anschein, diesen Unfällen keine  
tiefer Bedeutung beizumessen. Wenn Offiziere  
und Soldaten die Vorschriften für Feuerübungen  
beobachtet und die ihnen angewiesenen Plätze ein-  
genommen hätten, sagt man im Kriegsministerium,  
so wäre ihnen kein Haar gekrümmt worden.  
Richtig. Aber die Geschütze wären darum nicht  
minder geplagt. Gerade, daß der Schaden sich  
an Kanonen verschiedener Systeme und in ver-  
schiedener Weise zutragen hat, bemerken die Be-  
schäftigten gar nicht, ist ein Beweis, daß es  
sich um bloße Zufälle handelt, die an keinem  
großen Menschenwerke ganz zu vermeiden sind,  
nicht aber um die Offenbarung eines bestimmten  
allgemeinen Grundfehlers des französischen Ge-  
schützwesens. Das ist die eine Ansicht. Man  
kann aber den Fall auch anders ansehen und  
sagen: Gerade die Verschiedenartigkeit der Un-  
glücksfälle beweist, daß es sich nicht um einen be-  
stimmten Fehler, sondern um eine allgemeine  
Fehlerhaftigkeit handelt. Jedenfalls werden die  
vorgekommenen Unfälle das Vertrauen der Ar-  
tillerieoffiziere zu ihrer Waffe nicht erhöhen.

### Spanien und Portugal.

Madrid, 10. Juni. Hier werden beharrlich  
Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise in  
Umlauf gesetzt. Der Kriegsminister und der  
Justizminister sollen die Absicht zu demissioniren  
ausgesprochen haben wegen der Schwierigkeiten,  
die Zustimmung des Parlaments zu den im  
Budget vorgesehenen Reformen im Heerwesen und  
in der Rechtspflege zu erlangen.

### Großbritannien und Irland.

London, 9. Juni. Die heutige Ver-  
handlung gegen den des Inweleniebstahls im  
Palais des Grafen von Flandern verdächtigten  
Industrie-Ritter hat eine ganz unerwartete und  
ganz andere Wendung genommen, als man über  
die Angelegenheit voraussehen konnte. Nachdem  
der Präsident des Gerichtshofes zuerst das Zim-  
mermädchen des Hotel Central in Brüssel, Marie  
Trooz, und den Villet-Abedner am Bahnhof von  
Brüssel (Nord) verhört hatte, welche Zeugen unter  
Eid versicherten, James White zur Zeit des In-  
weleniebstahls in Brüssel gesehen zu haben, er-  
hielt der belgische königliche Staatsanwalt Wille-  
moers das Wort. Der Präsident des Gerichts-  
hofes, Sir John Bridge, richtete an den königl.  
belgischen Staatsanwalt die Frage, warum man  
nicht das doch hochwichtige Zeugnis der Gräfin  
von Flandern selbst verlangt habe, worauf W.  
Willemoers antwortete, es sei abseht gegen die  
königliche Etiquette, Ihre königliche Hoheit als  
Zeugen vorzulassen. Hierauf nahm die Verhand-  
lung eine unerwartete Wendung und ein rasches  
Ende; nach der kurzen Vertheidigung White's  
durch seinen Advokaten erklärte nämlich der Präsi-  
dent des Gerichtshofes: „Obwohl gegen James  
White sehr starke Verdachtsgründe sprechen, so  
finden die Beweise doch nicht genügend, um den-  
selben den belgischen Behörden auszuliefern.“  
James White wurde hierauf sofort in Freiheit  
gesetzt und damit ist die belgische Staatsanwalt-  
schaft gegen den verheißungsvollen Urheber des In-  
weleniebstahls bei der Gräfin von Flandern  
machlos.

Stamme Araberherg und der Bevölkerung von  
El Outoja zu blüthen und anbauenden Kämpfen  
genommen.

Paris, 10. Juni. Anlässlich der Anmeldung  
des Pferdes Fumfpace, als dessen Besitzer das  
„Echo de Paris“ den „preußischen Leutnant  
Gyner“ bezeichnet, für das am 25. d. Mts. zu  
Autenil stattfindende Rennen, veröffentlicht das  
Blatt einen von einem politischen Mitarbeiter ge-  
zeichneten Artikel, in welchem diese Thatsache in  
maßlos feindseliger Weise besprochen wird. Kein  
französischer Offizier und Gentleman dürfte es mit  
seiner Würde vereinbar halten, an dem Wett-  
rennen theilzunehmen. Genöthigt Vergnügen  
ihnen ein Wettkampf mit englischen Gentlemen  
bereite, ebensoviel Eitel würden sie empfinden, sich  
mit einem preußischen Offizier zu messen. Der  
Artikel schließt mit dem Vorschlage, daß falls  
Fumfpace ein den prix de France laufe, alle  
französischen Rennstallbesitzer Kuegeln zahlen und  
alle französischen Gentlemen sich weigern sollen,  
an dem Rennen zu reiten. [Mit dem preußischen  
Leutnant Gyner ist wohl der Seldontenleutnant  
von Eymard des 1. sächsischen Maren-Regiments  
Nr. 17 gemeint. Wenn das „Echo de Paris“  
mit Recht behauptet, daß französische Offiziere  
und Gentlemen sich nicht mit deutschen Offizieren  
auf dem grünen Rasen messen wollen, so werden  
sie eben warten müssen, bis ihr Beruf sie auf  
offenem Feld einmal mit deutschen Reitern zu-  
sammenbringt. Die Deutschen werden den  
so-disant französischen Gentleman (beim ein  
wirklicher Gentleman handelt es sich nicht, wie jenes  
Blatt voraussetzt) mit Gemüthsruhe entgegen-  
sehen.]

Paris, 10. Juni. Zu der Berufsverhand-  
lung des Panamaprozesses herrscht heute großer  
Anhang. Der Generaladvokat verliest die Anklage  
und prüft die von den Verurtheilten erhobenen  
Einwände. Er kritisiert besonders die Behauptung  
der Verurtheilten, die nach seiner Ansicht unfähig  
ist. Das Urtheil dürfte am nächsten Donnerstag  
gesprochen werden.

Paris, 10. Juni. In der heutigen Sitzung  
des Kassationshofes beendete der Generaladvokat  
anwalt sein Plaidoyer und schloß mit dem Antrag,  
die von den Leitern der Panama-Gesellschaft ein-  
gelegte Verurtheilung zu verworren. Das Urtheil  
wird am Donnerstag verhandelt werden.

Paris, 11. Juni. Das gerichtlich versiegelte  
Zimmer des verstorbenen Nihilisten Sawid wurde  
geöffnet von zwei Rüssen erschrien. Ebe die  
Polizei mit dem russischen Konful ankam, waren  
die kompromittirten Briefschaften des Nachlasses  
vernichtet. Die Verbrecher sind verhaftet.

### Italien.

Rom, 10. Juni. Der Minister des Innern  
hängte heute dem Gericht die aus England ein-  
getroffenen Schriftstücke ein, welche Aufschluß über  
die dort vorgenommene Herstellung des Papiers  
geben, das zur Fälschung ungeschlagener Kassens-  
scheine der verstorbenen Banca Romana dienen sollte.

Rom, 10. Juni. Deputirtenkammer. Pandolfi  
richtete eine Anfrage an den Minister des Aus-  
wärtigen, Brin, betreffs der Erklärungen des  
Grafen Kalnoky im Budget-Anschlusse der öster-  
reichischen Delegation und gebachte des Botums  
des Anschlusses zu Gunsten der Aufrechterhaltung  
des Friedens, sowie der günstigen Kommentare der  
gesamten Wiener Presse zu seinen bisher ohne  
Antwort gebliebenen Forderungen bezüglich der  
Thätigkeit der internationalen Friedenskomitees.  
Minister Brin soll der Thätigkeit der Friedens-  
komitees beifallen, ebenso dem Programm derselben,  
auf die öffentliche Meinung einzuwirken, um die  
Ursache von Zwistigkeiten zwischen den Völkern zu  
beseitigen. Pandolfi könne sicher sein, daß er sich  
die Unterstützung der Regierung bei diesem Werke  
finden werde, welches dem tiefen Friedenswunsche  
Italiens entspreche. Das Ministerium stimme  
mit Pandolfi darin überein, daß eine solche  
Propaganda sehr zweckentsprechend sei, da ein Ein-  
gehen der Regierung den von Pandolfi beab-  
sichtigten Zweck versehen könnte.

### Spanien und Portugal.

Madrid, 10. Juni. Hier werden beharrlich  
Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise in  
Umlauf gesetzt. Der Kriegsminister und der  
Justizminister sollen die Absicht zu demissioniren  
ausgesprochen haben wegen der Schwierigkeiten,  
die Zustimmung des Parlaments zu den im  
Budget vorgesehenen Reformen im Heerwesen und  
in der Rechtspflege zu erlangen.

Madrid, 10. Juni. Der Unterstaatssekretär  
im Staatsministerium, Villanosa, demissionirte  
in Folge von Meinungsverschiedenheiten mit dem  
Minister der Kolonien hinsichtlich der Reformen  
auf Cuba.

### Großbritannien und Irland.

London, 9. Juni. Die heutige Ver-  
handlung gegen den des Inweleniebstahls im  
Palais des Grafen von Flandern verdächtigten  
Industrie-Ritter hat eine ganz unerwartete und  
ganz andere Wendung genommen, als man über  
die Angelegenheit voraussehen konnte. Nachdem  
der Präsident des Gerichtshofes zuerst das Zim-  
mermädchen des Hotel Central in Brüssel, Marie  
Trooz, und den Villet-Abedner am Bahnhof von  
Brüssel (Nord) verhört hatte, welche Zeugen unter  
Eid versicherten, James White zur Zeit des In-  
weleniebstahls in Brüssel gesehen zu haben, er-  
hielt der belgische königliche Staatsanwalt Wille-  
moers das Wort. Der Präsident des Gerichts-  
hofes, Sir John Bridge, richtete an den königl.  
belgischen Staatsanwalt die Frage, warum man  
nicht das doch hochwichtige Zeugnis der Gräfin  
von Flandern selbst verlangt habe, worauf W.  
Willemoers antwortete, es sei abseht gegen die  
königliche Etiquette, Ihre königliche Hoheit



